
1983/AB-BR/2004

Eingelangt am 21.05.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie

Anfragebeantwortung

Die schriftliche Anfrage Nr. 2181/J-BR/2004 betreffend TOP 23 der Tagesordnung der Ministerratssitzung vom 14. April 2004, die die Bundesräte Prof. Konecny und GenossInnen am 14. April 2004 an mich gerichtet haben, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Fragen 1 bis 4:

Wie lautet Ihr Bericht betr. Breitbandstrategie für Österreich, der auf der Tagesordnung des Ministerrates am 14. April 2004 stand?

Was ergab die Diskussion im Ministerrat?

Welche Beschlüsse wurden gefasst?

Welchen Wortlaut haben diese?

Antwort:

Der Bericht des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, betreffend Breitbandstrategie für Österreich wurde in der 47. Sitzung des Ministerrates am 14. April 2004 ohne formelle Diskussion beschlossen.

Der gegenständliche Bericht ist meiner Anfragebeantwortung angeschlossen (siehe auch Homepage des bmvit www.bmvit.gv.at - "Breitbandinitiative des Bundes").

Beilage

BUNDESMINISTERIUM FÜR
VERKEHR, INNOVATION UND TECHNOLOGIE

GZ: 17016/2-CS3/04

Vortrag an den Ministerrat

Betreff: Breitbandstrategie für Österreich

Nachdem das bmvit die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes in Österreich sehr früh und effektiv umgesetzt hat, kam es mit dem Sinken der Preise für Telekomdienstleistungen auch gerade im Vergleich zu vielen anderen EU-Mitgliedsstaaten zu einer frühen Markteinführung von Breitbandanwendungen. So wurden Breitbanddienste in Österreich erstmals 1997 mit den ersten umgerüsteten Kabel TV Netzen auf den Markt gebracht, 1999 folgten die ersten ADSL Angebote über die Telefon-Teilnehmeranschlussleitung und seit 2002 wird vereinzelt auch die Glasfasertechnologie Fiber To The Home angeboten.

Nach dem raschen Wachstum der gesamten Informations- und Kommunikationstechnologiebranche bis Ende der 90er Jahre mit teilweise übertriebenen Investitionen, überzogenen Bewertungen an den Aktienmärkten und unhaltbaren Geschäftsmodellen kam es 2000 zu einem Absturz der Aktienkurse, der tiefgreifende Anpassungen zur Folge hatte. Nach diesem Rückschlag folgten zwei Jahre der Konsolidierung. Heute bestehen wieder gute Ausgangsbedingungen für ein stärkeres Wachstum der Branche. Voraussetzung dafür ist aber, dass die Telekommunikationsunternehmen ihre im Rahmen der Konsolidierungsphase beträchtlich verringerten Investitionen wieder steigern.

Von der EU wurde im Vorwort zum Aktionsplan eEurope 2005 festgehalten: Die Informationsgesellschaft besitzt großes, unausgeschöpftes Potenzial zur Verbesserung der Produktivität und der Lebensqualität. Diese Entwicklungen bieten beachtliche wirtschaftliche und soziale Chancen. Neue Dienste, Anwendungen und Inhalte werden neue Märkte schaffen, zur Verbesserung der Produktivität beitragen und damit neues Wachstum und den Anstieg der Beschäftigung in der gesamten

Wirtschaft bewirken. Den Informations- und Kommunikationstechnologien kommt in der EU ein wichtiger Stellenwert zur Erreichung der Ziele der Lissabon Strategie zu, die das Ziel hat, die Union in zehn Jahren zur dynamischsten, wettbewerbsfähigsten und nachhaltigsten Wirtschaft der Welt zu machen. Die Verfügbarkeit einer modernen Breitband-Infrastruktur ist dabei eine Schlüsselvoraussetzung für die Informationsgesellschaft. So ist die Verfügbarkeit von zuverlässigen, preiswerten, hochwertigen und innovativen Netzen ein entscheidender Faktor für die wirtschaftliche Stärke und Innovationskraft eines Landes.

In der Mitteilung der Kommission: „Hochgeschwindigkeitsverbindungen für Europa: Neue Entwicklungen in der elektronischen Kommunikation“, in der die Wirtschaftslage der USA mit der in Europa verglichen wird, kommt die Kommission zum Schluss, dass die Wachstumskluft zwischen der EU und den USA seit Mitte der 90er Jahre besonders deutlich geworden ist. So nahm die Arbeitsproduktivität seit Mitte der 90er Jahre in den USA um vieles schneller zu als in Europa, wobei die stärkste Zunahme in den Wirtschaftszweigen eintrat, die IKT produzierten oder die IKT am intensivsten einsetzten.

Die Stärke der europäischen Staaten liegt in der elektronischen Kommunikation. Diese Branche lieferte in den letzten Jahren den größten Beitrag zum Produktivitätszuwachs in Europa und tut dies weiterhin. Die EK kam daher zur Ansicht, dass zur Überbrückung der Produktivitätskluft die europäischen Staaten daher ihren Wettbewerbsvorteil in Bezug auf ihre florierende Branche der elektronischen Kommunikation ausspielen sollten und regte Aktionen für notwendige Infrastruktur, für das Breitband und für die dritte Generation mobiler Kommunikationsdienste an.

Der Breitbandbereich war auch die erfreulichste Entwicklung der Branche im Jahr 2003. In ganz Europa verdoppelte sich binnen eines Jahres die Zahl der Breitbandteilnehmer. So gab es im Oktober 2003 bereits fast 20 Millionen Anschlüsse. In Österreich hat sich dagegen das Wachstum mit 37,5 % nicht so erfreulich entwickelt. Österreich ist im europäischen Vergleich im Breitbandbereich ins Mittelfeld abgerutscht.

Österreich soll im Breitbandbereich zu den Besten in Europa gehören!

Breitband ermöglicht dank verbesserter Interaktivität die aktive Beteiligung geographisch isolierter Bürger am sozialen und gesellschaftlichen Leben. Es verbessert ihren Lebensstandard, indem es Entfernungen überbrückt und die Gesundheitsfürsorge, Bildung und Ausbildung sowie den Zugang zu öffentlichen Diensten erleichtert. Daneben trägt die Verbreitung der Informations- und Kommunikationstechnologie wesentlich zum Produktivitätsanstieg der Wirtschaft bei. Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien können jedoch nur genutzt werden, wenn entsprechende Netzzugänge vorhanden sind.

Das bmvit strebt an, im Einvernehmen und in einer gemeinsamen Kraftanstrengung mit den Ländern und privaten Anbietern die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass bis Ende 2007 eine flächendeckende Breitbandverfügbarkeit Realität wird.

Abdeckung der Regionen mit mangelnden Breitbandstrukturen

Um eine flächendeckende Abdeckung der bislang unversorgten Regionen zu ermöglichen, ist durch das bmvit im Wege der Rundfunk & Telekom Regulierungs-GmbH (RTR) eine Erhebung über die infrastrukturelle Versorgungslage durchzuführen. Dabei sollen die verschiedenen technischen Möglichkeiten und deren Verbreitung geographisch erfasst werden.

Des Weiteren sollen dieser Erhebung auch Daten aus verschiedensten statistischen Quellen eingepflegt werden, die eine Analyse der regionalen Bedarfe und Möglichkeiten berücksichtigen. Konkret sollen bezogen auf den jeweiligen Siedlungspunkt Daten über die geografische Streuung von öffentlichen Einrichtungen, Unternehmen und Bürgern einfließen, sowie deren Nachfrageverhalten simuliert werden können.

Da das Ziel der Erhöhung der Verfügbarkeit in allen nicht versorgten Regionen mit den vorhandenen finanziellen Ressourcen nicht sofort erreicht werden kann, sind Prioritäten für den Ausbau festzulegen. Diese Prioritäten ergeben sich aus den Zielen der Bundesregierung zur Realisierung der Informationsgesellschaft und entsprechen damit auch insbesondere den Zielen des Aktionsplans e-Europe 2005. Eines der dort angeführten Ziele ist, dass bis Ende 2005 alle öffentlichen Verwaltungen breitbandig an das Internet angeschlossen sein sollen. Es sind daher vorrangig diejenigen Regionen zu fördern, die öffentliche Einrichtungen sowie Unternehmen beinhalten, unter Beachtung des regionalen Bedarfs.

Auf Grundlage der erhobenen Daten und der oben genannten Prioritäten werden in einem objektiven Bewertungsverfahren durch das bmvit gemeinsam mit der RTR eine Reihung für diejenigen Regionen erarbeitet, die bislang unversorgt sind und wo eine Erschließung durch den Markt aufgrund der geringen Nachfrage auch nicht in absehbarer Zeit erfolgen würde.

Zur Stimulierung des Breitbandausbaues selbst wird vom bmvit ein von Bund, Ländern und der EU gemeinsam getragenes Förderungsprogramm gestartet, das die Stimulierung des Ausbaus der Breitbandinfrastruktur durch Betreiber iSd TKG 2003 innerhalb der förderungswürdigen Gebiete des ländlichen Raumes zum Ziel hat, die BREITBANDINITIATIVE 2003.

Das Ziel dieser BREITBANDINITIATIVE 2003 ist es, mithilfe eines PPP Fördermodells, den öffentlichen Einrichtungen, Unternehmen und Bürgern in den förderungswürdigen Gebieten durch die Schaffung einer zuverlässigen, preiswerten, hochwertigen und innovativen Breitbandinfrastruktur die Nutzung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien zu ermöglichen, um in Folge die regionale Penetrationsrate zu steigern. Dieses Förderprogramm schafft also die Voraussetzungen für den Zugang zu den modernen Diensten und Anwendungen, womit eine erhöhte Produktivität auch in den entlegeneren Gebieten ermöglicht und zugleich eine Verringerung von geographischen Disparitäten erreicht wird.

In Zeiten knapper öffentlicher Budgets eröffnen gerade PPP Modelle neue Finanzierungsmöglichkeiten zur Durchführung ausgabenintensiver Projekte. Durch

eine wechselseitige Bereitstellung von Informationen und Fähigkeiten sind Beschleunigungseffekte erzielbar. Auch wird eine Effizienzsteigerung durch eine zielorientierte Aufgaben- und Funktionsteilung erreicht.

Zur Finanzierung der BREITBANDINITIATIVE 2003 des bmvit sind im Budget für 2004 10 Mio. € eingeplant, ein mindest gleich hohes Förderungsvolumen der Länder ist zwingend vorgesehen. Eine EU-Kofinanzierung ist, bei entsprechender Vorsorge durch die Bundesländer, im Rahmen der EU-Strukturfonds anzustreben. Die Dringlichkeit dieses Förderprogramms ergibt sich auch durch die nur mehr bis Ende 2006 gegebene Möglichkeit der Inanspruchnahme von EU-Strukturfonds Mitteln. Die Förderung selbst besteht aus einem nicht rückzahlbaren Zuschuss für die infrastrukturelle Erschließung der förderungswürdigen Regionen (Siedlungspunkte, Gemeinden) im ländlichen Raum.

Mit dieser Initiative zur Schaffung einer Zugangsmöglichkeit zu den modernen Informations- und Kommunikationstechnologien auch in den ländlichen und bislang nicht versorgten Regionen unterstützt das bmvit die laufenden Maßnahmen zur Förderung der Informationsgesellschaft.

Durch die geographische Verbreiterung der Nutzungsmöglichkeit unterstützt die BREITBANDINITIATIVE 2003 des bmvit auch die laufende E-Government Offensive. Obwohl die Nutzung der modernen öffentlichen online Dienste grundsätzlich keine breitbandige Anbindung beim einzelnen Bürger voraussetzt, ist eine benutzfreundliche und damit auch realistische Nutzung nur mittels Breitband tatsächlich vorstellbar. Mit der stärkeren Durchdringung von Breitbandanschlüssen werden aber nicht nur die in der E-Government Offensive erarbeiteten Angebote stärker genutzt werden, sondern es können auch von kleineren und bislang nicht versorgten öffentlichen Einrichtungen lokale Angebote geschaffen werden.

Darüber hinaus schafft eine höhere Penetration mit Breitbandanschlüssen auch ein Potential für kommerzielle Dienste privater Dienstleistungsanbieter und damit einen wichtigen Impuls für die österreichische Wirtschaft.

Durch die Stimulierung des Breitband Infrastrukturausbaues unterstützt das bmvit mit der BREITBANDINITIATIVE 2003 und der darin angeführten Definition eines

Breitbandanschlusses auch die bestehenden einkommenssteuerrechtlichen Fördermaßnahmen der Bundesregierung.

Um die einzelnen Bürger über die Vorteile und Risiken der Nutzung modernen Informations- und Kommunikationstechnologien aufzuklären, müssen darüber hinaus digitale Kompetenzen gefördert werden.

In diesem Bereich wird das bmvit in Zusammenarbeit mit der Rundfunk und Telekom Regulierungs- GmbH durch verschiedenste Aktivitäten die Bewusstseinsbildung und die Vermittlung der erforderlichen Kompetenzen vorantreiben.

Über den Fortschritt bei der Umsetzung der BREITBANDINITIATIVE 2003 wird im Rahmen der Bundesregierung spätestens Ende 2004 Bericht erstattet.

Ich stelle den

Antrag

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Wien, am 7. April 2004

Hubert Gorbach e.h.